

II-3201 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

REPUBLIK ÖSTERREICH

BUNDESMINISTERIUM
FÜR ARBEIT UND SOZIALES

Zl. 21.891/123-5/1991

1010 Wien, den 27. August 1991

Stubenring 1

Telefon (0222) ~~7500~~ 71100

Telex 111145 oder 111780

DVR: 0017001

P.S.K.Kto.Nr. 5070.004

Auskunft

Klappe - Durchwahl

B e a n t w o r t u n g

der Anfrage der Abg.Dr.Partik-Pablé,
Dolinschek an den Bundesminister
für Arbeit und Soziales, betreffend
Enthebung der Versicherungsvertreter
nach Neuwahl in einer beruflichen
Interessenvertretung (Nr.1482/J)

1396IAB

1991 -08- 30

zu 1482/J

Von den anfragenden Abgeordneten wird einleitend folgendes
ausgeführt:

"Gemäß § 200 Abs.5 GSVG (ebenso §§ 423 Abs.5 ASVG und 183 Abs.5
BSVG) hat der Bundesminister für Arbeit und Soziales als Auf-
sichtsbehörde dem Antrag einer Interessenvertretung auf Ent-
hebung der von dieser entsendeten Versicherungsvertreter zu
entsprechen, wenn der Antrag innerhalb von sechs Monaten nach
einer Neuwahl in der betreffenden Interessenvertretung gestellt
wird.

Nach den Handelskammerwahlen 1990 haben einzelne Landeskammern
der gewerblichen Wirtschaft von dieser Möglichkeit Gebrauch
gemacht, andere hingegen nicht. Da die Wahlen in einigen
Bundesländern doch eine beachtliche Mandatsverschiebung bewirkt
haben, entspricht die Entsendung der Versicherungsvertreter in
einigen Interessenvertretungen nicht mehr dem politischen
Kräfteverhältnis.

- 2 -

Nach der geltenden Gesetzeslage ergeben sich auch normalerweise bei der Entsendung der Versicherungsvertreter dadurch Probleme, daß die Aufteilung auf die einzelnen Fraktionen innerhalb jeder Interessensvertretung nicht geregelt ist."

Soweit ich im Hinblick auf den § 421 Abs.2 in Verbindung mit Abs.4 lit.b ASVG (§ 198 Abs.2 GSVG, § 186 Abs.2 BSVG) für die Fesetzung der auf die einzelnen entsendeberechtigten Stellen entfallenden Zahl von Versicherungsvertretern in den Verwaltungskörpern der auf Bundesebene bestehenden Versicherungsträger zuständig bin, beantworte ich die an mich gerichteten Fragen wie folgt:

Frage 1:

Welche Interessenvertretungen haben nach der jeweils letzten Neuwahl einen Antrag auf Enthebung der von ihnen entsendeten Versicherungsvertreter gestellt; welche Interessenvertretungen haben dies unterlassen?

Antwort:

Der nachfolgenden Tabelle sind jene Sozialversicherungsträger mit bundesweiter Zuständigkeit zu entnehmen, in deren Verwaltungskörper für deren mit 1.Jänner 1989 begonnene Amtsperiode von den nach den Bestimmungen des § 421 Abs.1 ASVG, des § 198 Abs.1 GSVG und des § 186 Abs.1 BSVG jeweils zuständigen Stellen Versicherungsvertreter entsendet wurden:

Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft:

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Kammer der Wirtschaftstreuhänder

Sozialversicherungsanstalt der Bauern:

- Landwirtschaftskammer für Burgenland
- Landwirtschaftskammer für Kärnten
- Landwirtschaftskammer für Niederösterreich

- 3 -

- Landwirtschaftskammer für Oberösterreich
- Landwirtschaftskammer für Salzburg
- Landwirtschaftskammer für Steiermark
- Landwirtschaftskammer für Tirol
- Landwirtschaftskammer für Vorarlberg
- Landwirtschaftskammer für Wien

Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter:

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Österreichischer Arbeiterkammertag
- Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich

Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten:

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Österreichischer Arbeiterkammertag
- Österreichische Ärztekammer
- Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich

Allgemeine Unfallversicherungsanstalt:

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Österreichischer Arbeiterkammertag
- Kammer für Arbeiter und Angestellte in der Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich

Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues:

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Österreichischer Arbeiterkammertag

Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen:

- Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft
- Österreichischer Arbeiterkammertag

Die letzten Neuwahlen in die nach obiger Aufstellung zur Entsendung von Versicherungsvertretern in einen oder mehrere Verwaltungskörper eines oder mehrerer Versicherungsträger berufenen Interessenvertretungen fanden nach Auskunft der jeweiligen Interessenvertretung zu den im folgenden angegebenen Terminen statt:

- 4 -

- Bundeskammer der gewerblichen
Wirtschaft 5.12.1990
- Österreichischer Arbeiter-
kammertag 11./12.6.1989
- Landwirtschaftskammer für
 - * Burgenland 6.3.1988
 - * Kärnten 16.11.1986
 - * Niederösterreich 11.3.1990
 - * Oberösterreich 13.10.1985
 - * Salzburg 11.3.1990
 - * Steiermark 17.3.1991
 - * Tirol 24.3.1991
 - * Vorarlberg 13.3.1991
 - * Wien 6.3.1988
- Österreichische Ärztekammer 8./9.6.1990
- Kammer der Wirtschaftstreuhänder 8.3.1990
- Kammer für Arbeiter und Angestellte
in der Land- und Forstwirtschaft
in Niederösterreich 25.1.1987

Von dem gemäß § 423 Abs.5 ASVG (§ 200 Abs.5 GSVG, § 188 Abs.5 BSVG) bestehenden Recht, aus dem Grunde der Neuwahl in eine Interessenvertretung innerhalb von sechs Monaten nach der Neuwahl einen Antrag auf Enthebung der von dieser Interessenvertretung entsendeten Versicherungsvertreter zu stellen, hat lediglich die Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft in sechs Fällen Gebrauch gemacht.

Alle übrigen antragsberechtigten Stellen haben von diesem Recht keinen Gebrauch gemacht.

Frage 2:

Werden Sie in den nächsten Novellen zu den Sozialversicherungsgesetzen vorsehen, daß die Enthebung der Versicherungsvertreter nach einer Neuwahl in der betreffenden Interessenvertretung nicht von einem Antrag abhängt, sondern in jedem Falle binnen eines halben Jahres vorzunehmen ist?

- 5 -

und

Frage 3:

Wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Ich werde eine derartige Gesetzesänderung nicht vorgeschlagen, weil der § 425 ASVG (§ 202 GSVG, § 190 BSVG) für die Verwaltungskörper der Versicherungsträger eine Amtsdauer von fünf Jahren vorsieht, und es innerhalb dieses Zeitraumes grundsätzlich den Interessenvertretungen vorbehalten bleiben muß, darüber zu entscheiden, ob sie die von ihnen bereits entsendeten Versicherungsvertreter in deren Amt belassen.

Im übrigen sprechen auch Gründe der Verwaltungsökonomie gegen eine dahingehende Gesetzesänderung, innerhalb einer laufenden Amtsperiode das Amt von Versicherungsvertretern lediglich wegen einer Wahl in eine Interessenvertretung, welche diese Versicherungsvertreter entsendet hat, ex lege enden zu lassen, zumal - wie schon die Beantwortung der Frage 1 erkennen läßt - in einer sehr stark überwiegenden Mehrzahl der Fälle aller Voraussicht nach zu erwarten wäre, daß Neunominierungen der bisherigen Versicherungsvertreter vorgenommen werden würden.

Es sollte daher nach meiner Meinung beim bisherigen Antragsrecht der Interessenvertretungen gemäß § 423 Abs.5 ASVG (§ 200 Abs.5 GSVG, § 188 Abs.5 BSVG) verbleiben, das den entsendeberechtigten Stellen im Zusammenhang mit Neuwahlen eine hinreichende Dispositionsmöglichkeit einräumt.

In diesem Zusammenhang darf im übrigen auch die Bestimmung des § 423 Abs.3 ASVG nicht übersehen werden, wonach die Aufsichtsbehörde Versicherungsvertreter (Stellvertreter) auf begründeten Antrag der zur Entsendung berufenen Stelle ohnehin jederzeit ihres Amtes entheben kann. Entsprechende Regelungen sind im § 200 Abs.3 GSVG und im § 188 Abs.3 BSVG enthalten.

- 6 -

Frage 4:

Werden Sie in den entsprechenden Novellen auch vorsehen, daß die Aufteilung der auf eine Interessenvertretung entfallenden Versicherungsvertreter zwischen den einzelnen Fraktionen nach dem System d'Hondt erfolgen soll; wenn nein, warum nicht?

Antwort:

Nein, weil das Entsendungsrecht gemäß § 421 Abs.1 erster Satz ASVG (§ 198 Abs.1 erster Satz GSVG, § 186 Abs.1 BSVG) den entsendeberechtigten Stellen als solchen zukommt, und es im Hinblick auf deren rechtliche Konstruktion der demokratischen Willensbildung innerhalb der jeweiligen Institution überlassen bleiben muß, die als Versicherungsvertreter zu entsendenden Personen zu bestimmen.

Der Bundesminister:

